

Rede zur Verabschiedung des städtischen Haushaltes 2024

Michael Materna
Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion

- es gilt das gesprochene Wort -

Sperrfrist: bis zum Beginn der Rede



Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
sehr geehrte Recklinghäuserinnen und Recklinghäuser!

„Eine Krise jagt die Nächste!“ -

Klimawandel, Corona-Pandemie, Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, der barbarische Angriff der Hamas auf Israel, Energiekrise, Fluchtbewegungen, Inflation, die Sperrung nahezu aller Teilpläne des Bundeshaushalts, ein in Europa zunehmender Nationalismus, wie das Wahlergebnis in den Niederlanden belegt: die Welt befindet sich in einem anhaltenden Krisenmodus, das geht an die Substanz. Die Menschen sind angeschlagen und mehr und mehr verunsichert. Auch bei uns. - Auch bei uns erfahren diejenigen viel zu viel Zulauf, die mit einfachen und populistischen Losungen definitiv eines nicht anbieten: Lösungen.

Lösungen sind aber elementar. Wir müssen tiefgreifende Transformationen gestalten – und zwar nachhaltig. Es geht um Klimaneutralität und Klimaanpassung, um Energiewende, Verkehrswende, Digitalisierung und die Auswirkungen des demografischen Wandels, um Veränderungen des Lebens, des Arbeitens und des Wirtschaftens. Das alles gepaart mit einer multiplen Mangellage. Es fehlt an Rohstoffen, an bezahlbarer Energie, an Wohnungen, an Fachkräften und an Frieden und Stabilität auf unserem Planeten.

Wir müssen Strategien, Lösungen entwickeln und widerstandsfähiger werden.

Die notwendige Transformation ist eine gemeinschaftliche Aufgabe aus und in allen Bereichen der Gesellschaft. Wir benötigen jede und jeden Einzelnen und die gesamte Stadtgesellschaft. Aber wir benötigen als Stadt Recklinghausen endlich auch den verlässlichen Rückhalt und eine wirksame Unterstützung von Bund und Land.

Wärmewende, Energiewende, Mobilitätswende, Wohnungsbau, Digitalisierung, Transformation – das gibt es nicht zum Nulltarif, sondern erfordert gewaltige finanzielle Anstrengungen.

Es bedarf keiner besonderen Begründung, dass wir das nicht einfach selbst stemmen können. Bund und Land müssen die Mittel bereitstellen. Und zwar nicht im Klein-Klein, nicht durch kurzfristige Projekte und auch nicht durch bürokratische und starre Hürden überreglementiert, sondern flexibel, unbürokratisch, dauerhaft und verlässlich.

Die Liste der Aufgaben, die Bund und Land den Kommunen übertragen, wird immer länger, das Konnexitätsprinzip wird dabei zumeist missachtet: „Musik wird bestellt, aber nicht bezahlt.“

Es ist zwar positiv zu bewerten, dass der Bund die Finanzmittel bei der Betreuung der Geflüchteten, die in Recklinghausen selbstverständlich Schutz und Hilfe finden, aufgestockt hat, aber es reicht bei Weitem nicht aus. Wir werden den Schutz, die Unterbringung und die Integration von Kindern, Frauen und Männer verstärkt als Herausforderungen begreifen müssen. Auch deshalb sollte sich die Verwaltung zügig auf dem Weg machen, um das von uns beantragte Integrationskonzept gemeinsam mit der Stadtgesellschaft auf eine breite Basis zu stellen.

Auch die größte Wohngeldreform in der Geschichte unseres Landes, von dem jetzt mehr Menschen mit niedrigem Einkommen profitieren, bedeutet für uns als Kommune Mehraufwendungen für Personal.

Aber auch Räumlichkeiten müssen zur Verfügung gestellt werden, wo die Mitarbeitenden der Verwaltung unter vernünftigen Bedingungen arbeiten können. Das ist die Pflicht als Arbeitgeber!

Und leider gibt es von der Bundesregierung bisher auch noch keine Lösungsansätze zu den Altschulden.

Aber auch die Landesregierung lässt uns bei der Frage der Altschulden im Stich und ist wenig konstruktiv. Es war Ihre – liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU - Parteifreundin Scharrenbach, die überhaupt nicht vorhatte, reales Geld zur Entschuldung in die Hand zu nehmen. Sie wollte sich die „Wohltaten“ des Landes direkt über die Schlüsselzuweisungen von den Kommunen wieder zurückholen. Gut, dass die Landesregierung den Druck der Kommunalen Familie erlegen war und zurückrudern musste. – Und es ist auch gut, dass ich mit dieser Bewertung nicht alleine bin, sondern auch unser CDU-Kämmerer bereits zu der gleichen Bewertung gekommen ist.

Dann dürfen wir bis Ende dieses Jahres noch auf einen Buchhaltungstrick der NRW-Landesregierung zurückgreifen. Durch das „NKF-COVID-19-Ukraine-Isolierungsgesetz“ hat die Landesregierung uns verpflichtet, die aus der Pandemie und dem Ukrainekrieg entstandenen Finanzschäden zu isolieren. Das bedeutet, ab 2024 schlagen diese Kosten direkt auf den Haushalt durch, das bedeutet auch, dass wir für die Haushaltsjahre ab 2025 darüber nachdenken müssen, wie die bisher aufgelaufenen, isolierten Kosten von gut 44 Mio. € zurückgezahlt werden können. Mit einer mittelfristigen Finanzplanung, die heute schon das Abschmelzen des Eigenkapitals bzw. der Ausgleichsrücklagen voraussagt, bedeutet das in der Konsequenz, jedes Jahr bis 2075 Rückzahlungen von rd. 900.000 € jährlich. Das ist ein vom Land diktiert Sparhaushalt. – Die CDU und

Grün geführte Landesregierung lässt uns und nachfolgende Generationen hier im Stich!

Eine Unbekannte ist das 3. NKF-Weiterentwicklungsgesetz. Der Referentenentwurf sieht wesentliche Änderungen unter anderem beim Haushaltsausgleich und der Pflicht zur Erstellung von Haushaltssicherungskonzepten vor. Eine rechnerische Änderung ist die Erhöhung des globalen Minderaufwands von 1 auf 2 Prozent der ordentlichen Aufwendungen, um einen Jahresfehlbetrag zu reduzieren. Allerdings: Auf den globalen Minderaufwand und – wie bisher – die Ausgleichsrücklage sollen Kommunen künftig nur noch „nach Ausnutzung aller Sparmöglichkeiten und Ausschöpfung aller Ertragsmöglichkeiten“ zurückgreifen können. Unklar ist, ob damit etwa die Pflicht verbunden sein könnte, Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuern hochzusetzen.

Dann kommt wieder so ein Scharrenbach-Ding: Künftig soll für neue Kassenkredite gelten, dass ab dem kommenden Jahr Kommunen Kassenkredite innerhalb von 36 Monaten wieder zurückführen müssen. – Ganz ehrlich: geht's denn noch? – Im Übrigen stellen aktuell viele Kommunen in NRW ihre Haushaltsverabschiedungen zurück, da zu befürchten ist, dass das Gesetz rückwirkend zum 01.01.2024 in Kraft tritt.

Wenn wir uns die zukünftige finanzielle Entwicklung für die Stadt anschauen, setzt uns das Ergebnis als Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker schwer zu. Die Luft - meine Damen und Herren - wird dünner. Das, was wir uns in 10 Jahren Haushaltskonsolidierung abverlangt und erarbeitet haben, wird weggewischt. Und gerade hier sind wir Sozialdemokraten in die Verantwortung gegangen, haben uns aktiv an der Konsolidierung beteiligt und sicher auch dadurch einen

strukturellen Abbau von wichtigen Projekten und Einrichtungen in unserer Stadt verhindern können.

Meine Damen und Herren,

konkret bedeutet das für Recklinghausen einen Fehlbetrag in Höhe von 22,42 Mio. € für das kommende Haushaltsjahr.

Trotzdem benötigen wir Investitionen, um den Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung umzusetzen. Der Kita-Bedarfsplan zeigt einen Fehlbedarf von 219 Plätzen im U3-Bereich und von 482 Plätzen im Ü3-Bereich alleine für 2025 auf. Bisher konnte die Fachverwaltung nicht allzu viele konkrete Maßnahmen darlegen, um dem Bedarf gerecht zu werden. Ich hoffe wirklich, dass sie die Dringlichkeit verstanden haben.

Gleiches gilt für den Rechtsanspruch auf einen Ganztagsbetreuungsplatz - beginnend mit der ersten Klasse - ab 2026. Aber auch der Bedarf an Schulraum steigt stetig weiter an. – In der Konsequenz sind vorhandene Kitas auszubauen, neue Kindergärten zu errichten, Schulraum zu erweitern und neu zu planen. – In dem Zuge ist es wichtig, zügig eine schulische Nutzung des erworbenen Gebäudes an der Kölner Straße zu planen und nötige Instandhaltungsmaßnahmen umzusetzen.

Investitionen für die Digitalisierung an Schulen sind ein weiterer Schwerpunkt, um nicht den Anschluss zu verlieren. Hier haben wir schon ordentlich Geld in die Hand genommen und müssen es weiterhin tun. Gerade der Austausch von Endgeräten für Schülerinnen und Schüler wird in den nächsten Jahren mit rund 1 Mio. € pro Jahr beziffert. Aber wir müssen auch dafür Sorge tragen, dass wir die Schüler, Eltern und das Lehr-Personal nicht nur ausstatten, sondern auch intensiv medienpädagogisch begleiten. Die Digitalisierung ist nicht nur ein großer

Nutzen, sondern birgt auch Gefahren, denen wir präventiv begegnen müssen, um Niemanden zurückzulassen oder zu verlieren.

Unsere Welt, unser Land und unsere Stadt sind vielfältiger und bunter geworden. Das ist gut so! – Deshalb ist es unsere Pflicht, Menschen die von Ausgrenzung, Stigmatisierung oder Diskriminierung betroffen sind, zu schützen und ihnen den „Raum“ zu geben, wo sie sicher sind und sich geborgen fühlen. Der Kinder- und Jugendförderplan 2021 - 2025 greift viele Handlungsfelder auf und beschreibt Notwendigkeiten. Dazu gehört es auch, gleichberechtigt anzuerkennen, dass es unterschiedliche Lebensentwürfe und sexuelle Identitäten gibt. Mit dem Kinder- und Jugendförderplan haben wir festgelegt, eine Anlaufstelle für lesbisch, schwule, bisexuelle, trans- und intersexuelle Jugendliche zu schaffen. Das ist durch das Engagement und den Vorleistungen der Altstadtschmiede und dem Jugendtreff ZaKK gelungen, wofür ich mich herzlich bedanke. Jetzt bedarf es aber auch, diese Arbeit personell und finanziell gut auszustatten, damit diese Strukturen sich nachhaltig verfestigen und nicht verloren gehen. Sie haben einen Antrag von CDU, Grünen und Sozialdemokraten vorliegen, der genau das jetzt fordert. Jeweils eine halbe Stelle sozialpädagogischer Fachkraft, um qualifizierte Arbeit sicherzustellen und je 10.000€ Sachkosten zur Umsetzung von bedarfsgerechten Projekten. – Ich werbe dafür - meine Damen und Herren -, dass Sie den Antrag unterstützen und die geleistete und zukünftige Arbeit anerkennen.

Schlagen wir das Kapitel Ökologie auf. Die CDU-Grüne-Allianz in dieser Stadt will eine Strategie zur Netto-Null-Versiegelung auf den Weg bringen, was zu begrüßen ist. Hierzu wird in der Beschlussvorlage ausgeführt, ich zitiere: „Fläche ist nicht vermehrbar und stellt somit, insbesondere in Recklinghausen, ein knappes Gut dar. Durch die bauliche Inanspruchnahme und somit Versiegelung von Flächen werden

eine Reihe von Umweltproblemen verursacht, einschließlich der Erhöhung der Oberflächentemperatur (innerstädtischer Hitzeinsel-Effekt), der Verringerung der Bodenqualität, der Beeinträchtigung des Wasserhaushalts und der Verringerung der Biodiversität. Die Verbesserung des Stadtklimas durch die Reduzierung des Versiegelungsgrades ist ein elementarer Bestandteil, um die Lebensqualität in der Stadt zu erhöhen und den Folgen des Klimawandels entgegen zu wirken.“ – Zitat Ende. Ich glaube, wir brauchen den Sachverhalt nicht zu diskutieren, denn der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Die Frage, die wir uns nun stellen müssen, ist, warum die Kolleginnen und Kollegen von CDU und insbesondere der Grünen ökologisch und ökonomisch wider besseren Wissens handeln. Die beiden in Rede stehende Baugebiete sind der „Beisinger Weg“ und „Auf dem Berge“. Die Position der SPD-Fraktion war und ist mehr als deutlich.

Bereits 2021 wurde die Flächennutzungsplanänderung „Auf dem Berge“ von der SPD-Fraktion abgelehnt. Für alle die, die Lücken haben oder ihre subjektiven Erinnerungen bemühen: 900 Unterschriften von Bürgerinnen und Bürger aus Hochlar gegen eine Bebauung wurden beim Bürgermeister damals eingereicht.

Jetzt hatten CDU und Grüne 2 Jahre Zeit, um mal nachzudenken, leider haben Sie diese Zeit verschwendet. Der gleiche ökologische Frevel wird weiterhin betrieben. Hinzu kommt, dass das schwarz-grüne Bündnis nicht davor zurückschreckt, die Fläche zu „verschleudern“, um einen Investor zu finden. Sie nehmen billigend in Kauf, dass der Bodenwert weiterhin reduziert wird, mit der Begründung, dass die Baukosten gestiegen sind, völlig ohne Zwang und Not. - Das hat nichts mit

Klimapolitik und nichts mit wirtschaftlich verantwortlichem Handeln für unsere Stadt zu tun!

Ähnlicher Vorgang, auch aus 2021. Bebauungsplan Nr. 306 – Beisinger Weg – eine Grünfläche soll für kleinteilige Bebauung geopfert werden. Ein weiterer, nicht notwendiger, ökologischer Frevel, der von uns abgelehnt wird.

Es ist nicht nötig, eine ökologisch wertvolle Freifläche zu versiegeln, es ist nicht nötig, Kaltluft-Abflussbahnen zu stören, es ist nicht nötig, den Verlust von wohnortnahe Freiraum voranzutreiben, und eine fortgesetzte Bebauung bis zur Halterner Straße ist auch nicht nötig. Wir sehen an dieser Stelle zu viele Nachteile für die Umwelt und für die Bürgerinnen und Bürger.

Insbesondere die Grünen-Fraktion muss sich mittlerweile fragen lassen, ob sie noch einen ökologischen Kompass haben oder ob Haltung und Programm dem Bündnis mit der CDU zum Opfer gefallen sind.

Ich erspare Ihnen, Herr Bürgermeister, auf Ihre identitätsstiftende Vorgabe - von der Ruhrfestspielstadt zur „Rehstadt“ - näher einzugehen, bin mir aber ziemlich sicher, dass Sie damit auch identifiziert werden.

Viel spannender ist die Fragestellung zu den nicht erledigten Fraktionsanträgen vom Haushaltsjahr 2019 bis einschließlich 2023. 36% der Anträge mit einem Wert von rund 1,2 Mio. € wurden bis heute nicht oder nicht abschließend umgesetzt. Ohne jetzt alle weiteren offenen Anträge der Fraktionen erfasst zu haben, möchte ich Ihnen ein Beispiel geben: Im Dezember 2022 hat meine Fraktion einen Antrag zum „Zugang zu öffentlichen Toilettenanlagen“ für obdachlose Menschen eingereicht. Jetzt sollte man meinen, dass eine Prüfung, auf welchem Weg ein Zugang ermöglicht wird, nicht ein Jahr in Anspruch nimmt. Das scheint aber ein Irrglaube zu sein... Ich möchte noch einmal deutlich

machen, dass es hier um Menschen geht, und ich erwarte, dass Verwaltung, auch wenn verschiedene Fachbereiche betroffen sind, die Anträge der Fraktionen ernst nehmen.

Festzuhalten ist: unsere Finanzsituation bleibt angespannt und kann an vielen Stellen nur mit einer Glaskugel beantwortet werden. Es ist dringend und zwingend, das Land und Bund ihren Verpflichtungen nachkommen und uns nicht am langen Arm verhungern lassen.

Die Sozialdemokratische Fraktion stellt sich dieser Verantwortung auch für das kommende Haushaltsjahr. Deshalb möchte ich an dieser Stelle den Kolleginnen und Kollegen von CDU und Grünen herzlich für die konstruktiven, zielführenden und kurzweiligen Gespräche zum Haushalt danken.

Es ist gut, auf diesem Weg weitere investive Mittel für unsere Stadt freisetzen zu können.

Es war für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein besonderes Anliegen für die Gedenkkultur in Recklinghausen, Mittel für die Erneuerung des Ehrenmals auf dem Waldfriedhof in Hochlarmark einzubringen. Aber auch in der Konsequenz, alle Ehren- und Mahnmale auf dem Prüfstand zu stellen, damit ein ordnungsgemäßer Zustand sichergestellt werden kann.

Wir wollen durch die Anschaffung von 100 Fahrradbügeln für Abstellanlagen an Recklinghäuser Schulen die Infrastruktur für die Mobilität unserer Schülerinnen und Schüler weiter ausbauen.

Mit der Beschaffung von 10 Geschwindigkeits-Anzeigetafeln an Kita-Standorten wollen wir ein Stück weit die Wege für die Kleinsten sicherer machen und zur Sensibilisierung des motorisierten Verkehrs beitragen.

Um den gut von der Bürgerschaft angenommen Generationenpark in Suderwich fertigzustellen, braucht es ein weiteres Outdoor-Sportgerät. Um dieses positive Beispiel des Generationenparks aufzugreifen, wollen wir im „Pantoffelpark“ in Hochlarmark im kommenden Jahr mit einem Outdoor-Sportgerät beginnen.

Zum Abschluss meine Damen und Herren,

bedanke ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und der Töchterunternehmen für die geleistete Arbeit im bald zurückliegenden Jahr, bei allen Damen und Herren aus der Verwaltung, die uns in unseren Fraktionsarbeitskreisen begleitet haben und für alle Fragen ein offenes Ohr hatten.

Ich danke Herrn Grunwald, Herrn Lubrich, Herrn Knoblauch und Herrn Fritz für die Unterstützung bei unseren Haushaltsberatungen.

Ich danke den Mitgliedern meiner Fraktion für die intensiven und produktiven Beratungen und Ergebnisse zum Haushalt und darüber hinaus für den Einsatz und das Engagement in diesem Jahr.

Ich verrate nicht zu viel, wenn ich sage, dass die SPD-Fraktion dem Haushalt 2024 zustimmt.

Ich danke Ihnen allen für Ihre Aufmerksamkeit, wünsche Ihnen und Ihren Liebsten eine schöne und ruhige Vorweihnachtszeit.

Bleiben Sie froh und munter!

Danke & Glück auf